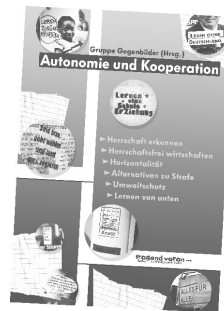


Gruppe Gegenbilder (Hrsg.)

# Autonomie und Kooperation



## Umweltschutz ohne Herrschaft



### Mehr lesen?

Dieses Kapitel ist ein Auszug aus dem Buch "Autonomie und Kooperation", das in der Reihe "Fragend voran ..." erschienen ist. Auf 196 Seiten werden Herrschaftskritik und die Beschreibung von Rahmenbedingungen herrschaftsfreier Gesellschaft verbunden. Es kann bezogen werden über:

★ [www.aktionsversand.de.vu](http://www.aktionsversand.de.vu)

★ Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Saasen, 06401-90328-3, Fax -5,  
[versand@projektwerkstatt.de](mailto:versand@projektwerkstatt.de)

Auch bei Interesse an Diskussionsveranstaltungen rund um die im Buch behandelten Themen kann über obige Adresse oder [fragend-voran@projektwerkstatt.de](mailto:fragend-voran@projektwerkstatt.de) Kontakt zu den AutorInnen hergestellt werden.

Die Vogelschutzgruppe hatte ihre Wanderung beendet und erreichte den Ortsrand. Einige seltene Vogelarten hatten auf dem letzten Kilometer des Wegs die Beteiligten lauschen lassen, so war das Gespräch unterbrochen. Doch die offenen Fragen waren noch in den Köpfen ...

Gesine: Also das war nicht nur ein schöner Spaziergang, sondern auch eine spannende Debatte mitten im Wald. Ich bin immer noch reichlich verwirrt. Irgendwie stimmt es wohl, dass Menschen dort, wo sie Macht haben, viel leichter die Umwelt zerstören können.

Alfred: Wenn ich die Folgen nicht tragen muss, mach ich das eher. Ist doch klar!

Gesine: Aber wie sieht ein Umweltschutz ohne Macht aus?

Andy: Wo es Herrschaft gar nicht gibt, fallen viele Formen der Umweltzerstörung von selbst weg. Kein Mensch zerlegt seine eigenen Lebensgrundlagen, ohne auf andere durchgreifen zu können. Alles würde vereinbart ohne Möglichkeit zur machtförmigen Durchsetzung.

Gesine: Pah, das ist heavy. Am Ende muß ich alles aushandeln. Alles ist ständig wieder in Frage gestellt. So kann ich doch gar nicht überleben?

Alfred: Seh ich nicht so. Theoretisch ist zwar denkbar, dass nix mehr geht, aber die Menschen handeln in einer herrschaftsfreien Welt ja gerade stark aus dem Egoismus heraus. Das heißt, sie finden Vereinbarungen, die auch gut funktionieren. Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, dass es ganz normal wird, einfach etwas zu machen oder es vorher anzukündigen und dann loszulegen. Wenn es andere stört, werden die kommen und erst dann wird diskutiert. Ganz vieles im Leben ist Sache Einzelner oder kleiner Gruppen, die sich treffen und einigen, also eine freie Vereinbarung schließen.

Andy: Aber wer kontrolliert die denn. Da kann doch ständig jemand kommen und alles wieder in Frage stellen.

Alfred: Stimmt. Daher wird ja auch nur noch das möglich sein, was die einen Menschen wollen und was andere, wenn es sie überhaupt betrifft, akzeptieren. Oder anders: Aus Egoismus heraus, weil ich nämlich das, was ich mache, hinterher auch nutzen oder genießen will, werde ich meine Ideen so umsetzen, dass sie vielen was nützen oder zumindest wenige oder niemanden stören. Weil sonst wehren die sich. Das wird Projekte, Planungen oder Technik fördern, die vielen nützt und wenig stören. Das ist aber genau auch gut so!

Thomas: Also ich würde mal ein Beispiel diskutieren. Ich will von A nach B kommen. Es ist mein Egoismus, der mich antreibt. Vielleicht wohne ich in A und arbeite in B. Ach nein, Arbeitsplätze gibt's in der Utopie wahrscheinlich gar nicht. Als wohnt ein Freund oder eine Freundin in B oder ich will ein Konzert besuchen. Ist ja auch egal. Ich will da jedenfalls hin. Es ist meine Lust, mein Egoismus, der mich antreibt. Dann sollte das auch möglich sein. Wenn jetzt aber irgendwo mittendrin irgendwelche Kids gefahrlos toben wollen, ist es nix mehr mit Auto fahren. Die reißen am Ende noch die Straße weg oder sprengen mein Auto in die Luft. Das ist dann doch Faustrecht.

*Gesine: Na und? Findest Du es etwa besser in der jetzigen Herrschaftssituation? Da wird dann demokratisch entschieden, wer in welchem Fall sich durchsetzt – herrschaftsförmig. Die Kids werden verlieren. Fast alle Kids müssen viele Jahre lang ständig in der Wohnung eingesperrt werden oder dürfen nur unter Kontrolle irgendwelcher Erwachsenen nach draußen. Ach scheiße, weil in der Wohnung Treppen oder brüchige Sachen stehen, werden die Kids auch noch in einzelnen Zimmer oder gar im Laufgitter gefangengehalten. Mich ekelt diese ganze Scheiße total an. Es ist gerade gut, wenn es keine Herrschaft gibt, die so einfach die Breschen schlägt für die, die sich grad durchsetzen können. Herrschaft, ob nun Diktatur oder Demokratie – der Unterschied hält sich ja eh in Grenzen – bedeutet immer die rücksichtslose Durchsetzung derer, die siegen. Da werden ständig Entscheidungen getroffen, wo die GewinnerInnen sich um die Folgen für andere nicht kümmern müssen.*

*Thomas: Ja, aber ich will zu meinem Konzert ...*

*Alfred: Sei nicht so phantasielos. Wo die Herrschaft fehlt, prallen Bedürfnisse aufeinander, wenn sie sich ausschließen. Aber das dürfte sehr selten der Fall sein. Denn wenn es keine Herrschaft gibt, wird auch niemand auf die Idee kommen, Papi Staat als Durchsetzungsmittel zu rufen oder zu nutzen. Wenn Du also zu deinem Konzert oder weiß-ich-wohin willst, wirst Du zu denen gehören, die eine umfangreiche Mobilität für ein schönes Leben für sinnvoll erachten. Das werden viele sein und der Ansporn ist eben der Egoismus, die Lust am schönen Leben. Also werden sich Menschen zusammensetzen und überlegen, wie Mobilität geschaffen werden kann. Genau weil es nicht einfach per Herrschaft umzusetzen ist wie heute leider immer, werden sie sich mit anderen vereinbaren, die offene Diskussion suchen und vor allem ihre Kreativität gebrauchen, um ein Mobilitätssystem zu entwickeln, was einerseits die Mobilität ermöglicht, andererseits aber auch sichert, dass die Menschen nicht durch die Mobilität wiederum stark eingeschränkt werden. Dabei gibt es keine Richtwerte für richtig und falsch, sondern eben die Menschen, die sich vereinbaren.*

*Andy: Das werden dann aber bestimmt keine Autos sein, denn deren Wirkung ist zu brutal für Menschen. Außerdem die Rohstoffe zur Herstellung, das ganze Erdöl – ich kann mir nicht vorstellen, dass eine solche riesige Verschwendung und Umweltzerstörung auf soviel Zustimmung stößt, dass Menschen das mitmachen würden. Dass eine wirtschaftsfreundliche Regierung z.B. von Russland oder Nigeria die protestierenden und betroffenen Menschen in den Erdölförderregionen einfach vertreibt oder erschießt, dürfte dann wohl der Vergangenheit angehören. Ein Glück.*

*Alfred: Irgendwas leises, schnelles, energie- und rohstoffsparendes, was keine oder kaum Flächen zerschneidet oder verschlingt ...*

*Thomas: Jaja, das Beamen ist aber noch nicht erfunden.*

*Andy: Was hältst Du von einer hochtechnisierten und schnellen Variante der Seilbahn, wie in Wuppertal. Die saust über den Menschen entlang.*

*Könnte jedenfalls eine Möglichkeit sein. Daran hätte ich auch Lust, mitzubasteln. Macht bestimmt Spaß.*

*Gesine: Aber eigentlich können wir das gar nicht vorhersehen. Welch eine geballte Energie frei wird, wenn Menschen nicht mehr nach Normen und Gesetzen denken und handeln, wenn sie nicht mehr 10 oder mehr Stunden ihres Tages fremdbestimmt irgendeinen Scheiß herstellen oder verwalten, wenn Technik nicht mehr nach Profitabilität entwickelt wird, sondern nach dem, was sie für ein gutes Leben bringt ... hach, da würde nicht eine neue Marssonde, sondern erst mal eine Kloputzmaschine erfunden.*

*Alfred: Und wie die Häuser, die Flächen drumherum aussehen, das entscheide ich auch selbst, zusammen mit den Menschen, die in der Nähe wohnen.*

*Thomas: Toll, und wenn die alle Gartenzwerge und weiße Bodenfliesen wollen?*

*Gesine: Solche Dörfer wird's auch geben. Herrschaftsfreies Leben wird unendlich vielfältig werden. Ich würde da nicht hinziehen. Das macht aber ja nix. Ich wohne dann endlich dort, wo ich mich wohlfühle – und nicht mehr dort, wo ich mir die Miete leisten kann, wo ich einen Arbeitsplatz finde oder weiß der Henker, was für ein Scheiß zur Zeit abgeht.*

*Andy: Naja, aber werden wir bei alledem nicht verhungern? Und was ist, wenn jemand versucht, sich mit Waffengewalt alles wieder an sich zu reißen?*

*Thomas: Mich interessiert etwas anderes mehr. Solange wir da nicht sind, müssen wir im Klein-Klein des Alltags auch einen Umgang damit finden. Vielleicht Stück für Stück Macht abbauen und trotzdem konsequent Natur und Umwelt retten?*

## **Emanzipation und Ökologie**

*Ein Text aus dem Institut für Ökologie<sup>0</sup>*

Mensch kann Umweltschutz auf sehr verschiedene Weise betreiben:

- 0 Die hier aufgeführten Gedanken stammen aus der Diskussion im Netzwerk „Umweltschutz von unten“, welches Ende der 90er Jahre aus der Kritik an der staats- und marktorientierten Politik von Regierung und Umweltverbänden entstand. Etliche Positionspapiere und Texte der Debatte sind unter [www.umwelt-und-emanzipation.de.vu](http://www.umwelt-und-emanzipation.de.vu) einsehbar. Zudem sind Bücher erschienen: „Agenda, Expo, Sponsoring - Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“ im April 1999 (IKO-Verlag Frankfurt) mit detaillierten Texten zum „Umweltschutz von unten“. Der ein Jahr früher erschienene Band 1 der Reihe mit Untertitel „Recherchen im Naturschutzfilz“ bringt eine detaillierte Kritik an der Situation der Umweltschutzbewegung. Parallel entstand eine CD mit den dort verwendeten Quellen und Dokumenten. Neuere Bücher zu ähnlichen Themen („Reich oder rechts?“, „Nachhaltig, modern, staatstreu?“, „Mythos Attac“) sind nach 2000 erschienen und ebenso unter [www.politikram.de.vu](http://www.politikram.de.vu) zu beziehen.

- ★ Mensch kann die Menschen verdrängen wollen, sie als Krankheit auf der Erde definieren und sich ihre Ausrottung wünschen. Viele tun das ganz wie z.B. einige skurile Gruppen von zivilisationsfeindlichen AktivistInnen aus der Tierrechtsszene über esoterischen Richtungen bis hin zum inzwischen gestorbenen zivilisationshassenden, sich als Anarchist verklärenden Pol-Pot-Anhänger und Freunde-der-Naturvölker-Vordenker Hartmut Heller<sup>1</sup>, andere fordern das immerhin teilweise. Letzteres ist weit verbreitet und meist bezogen auf als besonders wertvoll angesehene Naturgebiete, die von Menschen freigeräumt werden sollen. In den Industrieländern trifft das nur auf wenige und oft sehr kleine Flächen zu, die mit Schildern gekennzeichnet werden, in denen immer häufiger „Ökos“ als selbsternannte Krieger für die gute Sache patrouillieren und andere Menschen verschrecken – überzeugt von der guten Ideen, die die Ausübung von Macht legitimiert. In Afrika und (deutlich seltener) anderen ausgebeuteten Kontinenten sind zum Teil riesige Flächen als Schutzgebiete deklariert worden, um mit diesem Argument die dort lebenden Menschen einzuschränken bis zwangsumzusiedeln zum Schutze von Elefanten oder wer weiß wem. Dass später teure Jagdsafaris aus Europa & Co. dorthin führen, Touristenstraßen und -hotels entstehen usw., scheint dabei niemanden zu irritieren.<sup>2</sup> Es geht um die gute Sache, die Kommunikationsindustrie steuert die Wahrnehmung. Die Geschichte ist immer die Geschichte der Sieger, nicht der Vertriebenen.
- ★ Mensch kann zum zweiten das gesellschaftliche Leben reglementieren. Verbote und Gebote dominieren und formen das Verhalten der Menschen. Das ist der klassische Umweltschutzansatz, praktiziert seit über einem Jahrhundert. Sie geht Hand in Hand mit der Institution, die den formalen Rahmen des heutigen gesellschaftlichen Lebens schafft und gestaltet, dem Staat. Wer gerade regiert, ist den MacherInnen eines auf Ver- und Gebote ausgerichteten Umweltschutzes gleichgültig – Hauptsache die Umwelt wird geschützt. Oft heißt es einfach: Je autoritärer, desto besser. „Ökos“ wünschten sich in den 80er Jahren eine autoritäre Ökopädagogik an allen Schulen herbei und kämpfen gegen die VertreterInnen der Reformpädagogik (Antipädagogik war bei allen ohnehin nicht vorgesehen). „Ökos“ forderten und fordern härtere Gesetze und härtere Strafen. Geradezu jubelt hatten die meisten Naturschutz-FunktionärInnen 1933 die Machtübernahme der Nazis, die prompt mit der Verabschiedung des ersten Naturschutzgesetzes und der Ausweisung vieler Naturschutz-

1 Siehe unter anderem Zitatesammlungen unter [www.projektwerkstatt.de/aes/biologismus.html](http://www.projektwerkstatt.de/aes/biologismus.html) und [../tierrechte.html](http://www.projektwerkstatt.de/aes/tierrechte.html)

2 Quelle: Norbert Suchanek, 2000: Ausgebucht – Zivilisationsflucht Tourismus

gebiete die Herzenswünsche der Naturschutzgruppen erfüllten. Der Stil der autoritären Umweltpolitik prägte bis Anfang der 90er Jahre das Geschehen. In der Folge vergrößerten sich die Akzeptanzprobleme enorm. Denn wo ständig Verbote ausgesprochen und Strafen verhängt werden, wächst das Verständnis für die Dinge nicht. Wer will, dass (fast) alle Menschen „Öko“ hassen, macht es zum Pflichtfach in der Schule, lässt Klassenarbeiten dazu schreiben usw. Doch die „Ökos“ störte das nicht, denn mangelnde Akzeptanz ließ sich durch mehr Verbote und Strafe bekämpfen.

- ★ Die dritte Idee des Umweltschutzes ist der neoliberale Entwurf, ökologisches Verhalten zu steuern. Mensch kann Umweltschutz profitabel bzw. die Umweltzerstörung teuer machen. Damit lässt sich das Verhalten der einzelnen Menschen steuern, aber auch das der Wirtschaft. Das Konzept des Ökoneoliberalismus verträgt sich hervorragend mit gesellschaftlichen Verhältnissen, die insgesamt neoliberal umgeformt werden. Wo Konzerne ebenso an Einfluss gewinnen wie die gesellschaftlichen Debatten über Standortsicherung, Wachstum und die Degradierung des Menschen auf seine ökonomische Verwertbarkeit, entsteht für alle gesellschaftlichen Bereiche ein Sog, sich diesen prägenden Diskursen anzuschließen und im gleichen Sinne die eigenen Theorien zu modernisieren. Der Umweltschutz ist in den 90er Jahren den neoliberalen Umbau der Gesellschaft hin zur totalen Schlacht um Profit und Verwertungsinteressen voll mitgegangen. Als moderne, junge, gut ausgebildete MacherInnen ehemaliger Ökogruppen sind die Umweltschutz-Yuppies sogar oft zu AntreiberInnen des Neoliberalismus geworden. Die ProtagonistInnen der Windenergie haben für ihre Vorhaben die Aufhebung der Bürgerbeteiligung nach Baugesetzbuch gefordert (erfolgreich). Unternehmen im Umweltbereich sowie ihre Zusammenschlüsse forderten sogar die Aufhebung von Kündigungsschutz und Tarifrecht.<sup>3</sup> Der BUND freute sich über die Riester-Rente, weil private Rentenfonds neue Geldanlagen für Windenergie bringen. Die Grünen sind inzwischen die Partei mit dem höchsten Reformtempo beim Abbau sozialer Standards und dem größten Durchschnittseinkommen der WählerInnen – die F.D.P. drohte schlicht überflüssig zu werden durch die modernisierten „Ökos“. Ethische Geldanlagen und Öko-Aktienspekulationen sind längst die am meisten forcierten Umweltschutzaktivitäten. Auch die NGOs selbst (Umweltverbände, Lobby-Eliten usw.) sind zum Ort neoliberaler Umgestaltung geworden. Staatliche und kirchliche Geldvergabestellen knüpften finanzielle Förderungen immer mehr an neoliberale Pro-

3 Zum Beispiel eine Kampagne von Unternehmens-Grün Anfang des 21. Jahrhundert.



grammatik wie Nachhaltigkeit und Agenda 21<sup>4</sup> oder sogar an die neoliberale Umstrukturierung hin zu internen Managementsystemen bei den geförderten Organisation – und tun das heute noch.<sup>5</sup> Das ähnelte stark dem Stil internationaler Politik, wo von armen Ländern die moderne Durchorganisation hin zum Leistungsprinzip als Voraussetzung für neue, Abhängigkeit schaffende Kredite eingefordert wird. Der Neoliberalismus ist seit den 90er Jahren das dominante, politische Konzept. Die Ökologiebewegung wurde in fast ihrer ganzen Breite davon erfasst, umstrukturiert, durchgerüttelt, verändert und ist schließlich selbst zum Vorantreiber geworden.

- ★ Es gibt eine weitere, vierte Möglichkeit zum Umweltschutz. Sie war immer verbunden mit anderen, schon genannten und existiert, solange es Natur- und Umweltschutz als Idee gibt. Menschliches Verhalten lässt sich über Erziehung, Bildung, Werbung, mediale Beeinflussung, Normen und Werte beeinflussen. Zusammengefasst: Umweltgerechtes Verhalten als soziale Zurichtung. Was Menschen auf verschiedene Weise als „richtiges Denken und Handeln“ eingetrichtert wird, führt selbst dann zu den erwünschten Verhaltensweisen, wenn kein Zwang (autoritäre Politik) oder Anreiz (moderne neoliberale Variante) besteht. Zurichtung hat als Herrschaftsmittel in der Geschichte der Menschheit eine beeindruckende Erfolgsgeschichte geschrieben. Wenn Menschen von sich aus so handeln, wie es einer formulierten Norm entspricht („was sich gehört“ u.ä.), ist Herrschaft viel unauffälliger, glatter, eleganter, widerstandsfreier und entsprechend effizienter zu organisieren. Dieser diskursiven Herrschaft ist es zu verdanken, dass Menschen sich als Männer oder Frauen fühlen und verhalten, als In- oder AusländerInnen, als Junge oder Alte, als Elite oder Randgruppe, ExpertIn oder Laie, „in“ oder „out“, „behindert“ oder „normal“, krank oder gesund usw. Auch im Umweltschutz wurde immer wieder versucht, ökologisches Verhalten zur Norm zu machen, zu dem, „was sich gehört“. Gelungen ist das aber nur über einige Jahre hinweg vor allem in den 80ern. Danach verlor sich die Spur der Massenzurichtung auf ökologisches Verhalten wieder, weil andere Diskurse,<sup>6</sup> Normen und Standards die Ökologiefrage in den

4 Siehe Jörg Bergstedt, 2002: „Reich oder rechts?“, IKO-Verlag Frankfurt und Institut für Ökologie, Reader „Agenda 21 – Chance oder Mythos?“. Kritische Seiten im Internet unter [www.projektwerkstatt.de/aes](http://www.projektwerkstatt.de/aes).

5 Quelle und viele weitere Informationen im Buch „Reich oder rechts?“ von Jörg Bergstedt, IKO-Verlag Frankfurt sowie im Internet unter [www.projektwerkstatt.de/oekofilz](http://www.projektwerkstatt.de/oekofilz).

6 Ein Diskurs bezeichnet eine in der Gesellschaft vorhandene Mischung aus Vorurteilen, Mainstream-Denken, sich überall in den Köpfen, Gesprächen, Medien, Bildung usw. reproduzierenden Auffassungen und Wertungen. Diskurse sind beeinflussbar, sind aber nicht wie ein Gesetz oder eine DIN-Norm als solches beliebig hervorzurufen oder wieder zu beenden. Mehr im Kapitel „II. Grundlagen: Ohne Herrschaft ginge vieles nicht“.

Hintergrund drängen. Zurichtung funktioniert zwar auch aus sich selbst heraus, d.h. die Subjekte der Zurichtung sind alle, die Norm wird von allen Genormten an die anderen weitergegeben, aber es gibt keine Sicherheit, dass eine Norm erhalten bleibt. Die diskursiven Verhältnisse sind ständig im Fluss, Normen und Erwartungshaltungen ändern sich. Es gibt keine feste Instanz, die das steuert, wohl aber Möglichkeiten, die unterschiedlich zugänglich sind, so dass verschiedene Menschen nicht gleichberechtigt auf die Diskurse Einfluss nehmen können. Politik, Bildungseinrichtungen und Medien dürften die größten Chancen haben, gezielt das zu beeinflussen, was als „normal“ gilt. Das war hautnah zu erleben, als soziale Standards plötzlich zum Ballast umdefiniert wurden, die noch vor wenigen Jahren als Errungenschaft der Zivilisation abgefeiert worden wären (z.B. solidarisches Gesundheitswesen, Streikrecht, Tarifverträge). Kurze Zeit später wurden UnternehmerInnen zu Heuschrecken, ebenso schnell auch wieder zu sozialen WohltäterInnen. So ist es, wenn auch schleichender, in den 90er Jahren dem Umweltschutz als Verhaltensnorm ergangen – sie verschwanden von der Oberfläche. Das zeigt, dass diese Art der Verhaltensprägung äußerst instabil ist, weil sie von der Aufrechterhaltung der Diskurse und Normierungen abhängt.

- ★ Die fünfte Möglichkeit ist die Kombination aller oder mehrerer dieser Strategien. Sie können gleichzeitig, nacheinander oder je nach Einsatzbereich gewechselt werden. So stehen im weltweiten Blick tatsächlich alle fünf Formen heute nebeneinander, wenn z.B. in ausgebeuteten Ländern große Nationalparke und Tourismusflächen für reiche EuropäerInnen, NordamerikanerInnen oder JapanerInnen geschaffen und gleichzeitig in diesen Industrienationen neoliberale, autoritäre und Bildungsstrategien des Umweltschutzes miteinander gemischt werden.

Alle genannten Formen des Umweltschutzes haben eines gemeinsam: Sie operieren herrschaftsförmig. Das bedeutet nicht, dass nur Wenige irgendwo an der Macht sind und alles steuern. Herrschaft hat nur selten ein eindeutiges „Oben“ und „Unten“. Meist steuern Zwänge und Beeinflussungen den Willen der Einzelnen – egal ob das von einer Regierungsmacht per Verbot oder aus dem sozialen Umfeld der betroffenen Person als Erziehung, Rollenmuster u.ä. erfolgt. Herrschaft ist organisierte, d.h. nicht nur als zusammenhangloser Einzelfall auftretende Fremdbestimmung.

Insofern sind alle beschriebenen Konzepte einander wesensgleich, wenn sie auch in der konkreten Ausformung ganz unterschiedliches Aussehen haben, unterschiedliche Methoden und Sanktionen einsetzen. Dennoch



stärken sie alle nicht den Menschen, sondern die Kontrolle über den Menschen. Ihr Menschenbild basiert auf der Vorstellung, dass der „gute“ Mensch bzw. das „richtige“ Verhalten nur über Zwang oder Beeinflussung entstehen. Doch eine solche Politik gerät schon sehr früh in Widersprüche, wenn die Frage gestellt wird, wer denn diesen Zwang oder die Beeinflussung ausführt. Regierende, LehrerInnen, PolizistInnen, RichterInnen, MedienmacherInnen usw. sind auch Menschen – und wenn Menschen nur über Zwang zu „guten“ Menschen werden, stellt sich die Frage, wie die Logik von Herrschaft bei den jeweils Herrschenden zum „Guten“ führen soll. Schließlich sind sie selbst aufgrund ihrer herausgehobenen Stellung weniger beherrscht, müssten also entsprechend der eigenen Logik von Kontrolle weniger an Umweltschutz interessiert sein. Das Handeln von Regierungen oder Konzernführungen scheint das auch eher zu bestätigen. Grundsätzlicher wäre aber noch die Frage zu klären, wie überhaupt „das Gute“ zu definieren ist und wer das tun kann. Schließlich glaubt jedeR MachtinhaberIn immer, das Richtige zu tun – egal es ob die aktuelle demokratische Herrschaft oder das Terrorregime der Nazis waren. Diese sollen damit nicht gleichgesetzt werden, aber sie alle gingen davon aus, das „Gute“ zu verfolgen.

Außerdem wird ein wesentlicher Wesenszug von Herrschaft übersehen. Herrschaft verbessert die Möglichkeiten der privilegierten Menschen, die Herrschaft ausüben, ihre Entscheidungen so zu treffen, dass es für sie Vorteile bringt, aber die Nachteile auf andere abgewälzt werden. Dabei ist es egal, an welchem Ort das geschieht, gilt also genauso für Regierungen eines Landes wie für die Leitung eines Konzerns, das „Oberhaupt“ einer Familie oder eines Vereins. Hier zeigt sich der logische und fatale Fehler des Gedankens, über Herrschaft und Kontrolle das „Gute“ zu wollen. Herrschaft steigert die konkurrierende und unterdrückende Orientierung von Menschen – und gerade diejenigen, die Herrschaft legitimieren mit dem Hinweis, Menschen seien von sich auch anti-sozial oder umweltzerstörend, geben durch Herrschaft einigen Menschen die Möglichkeit, vorhandene anti-soziale und umweltzerstörende Ausrichtungen deutlich besser und für sie gefahrfreier auszuüben. Dieser Widerspruch wird in der Regel weder benannt noch erklärt.

Somit ist ein anderer, sechster Weg für den Umweltschutz notwendig: Die Strategie der Überwindung von Herrschaft auch in Hinblick auf die Nutzung natürlichen Lebensgrundlagen und die Gestaltung der Landschaft. Mensch könnte die Umwelt zu einer Sache der gleichberechtigten Gestaltung von Menschen machen. Die Menschen werden nicht mehr vertrieben, kontrolliert, gesteuert, bestraft oder beeinflusst in Bezug auf ihren Umgang mit der Umwelt, sondern erhalten ganz im Gegenteil die volle Möglichkeit, die Umwelt so zu gestalten, wie sie es wollen. „Wollen“, d.h. nicht mehr, wie es von ihnen erwartet wird, wie es Gesetze verlangen oder

die Zwänge des Alltags (z.B. die Notwendigkeit, in der Not zu überleben) herbeiführen. Sondern wie es gewollt ist, wie Menschen sich eine lebenswerte Umwelt selbst vorstellen. Das wird nicht einheitlich sein, aber es fällt etwas Wichtiges, für jede Herrschaft konstituierendes weg: Kein Mensch hat mehr die Möglichkeit, über Herrschaftsmechanismen (Recht, Normen, Diskurse, Polizei, Justiz, Eigentumsrecht ...) die Folgen seines Verhaltens einfach auf andere abzuwälzen. Wo Herrschaft fehlt, kann (so die Menschen das wollen und dafür auch eintreten) die freie Vereinbarung kommen. Wie ein Haus, die Flächen drumherum, die Energie- und Wasserversorgung oder die Produktion von Lebensmitteln aussieht, ist Sache der Menschen selbst. Die Ergebnisse werden vielfältig sein – und genau das ist das Schöne daran. Menschen werden sich zusammenfinden, die gemeinsame Vorstellungen und Interessen haben, die miteinander kooperieren. Es geht nicht um das oft esoterisch verklärte Bild der Autarkie oder Selbstversorgung. Selbstbestimmtes Leben macht erst möglich, viele Kooperationen aus eigener Entscheidung einzugehen und dadurch horizontale Arbeitsteilung, gegenseitige Hilfe und Vernetzung zu erreichen. Diese ist dann vom Wunsch nach einem guten Leben bestimmt und nicht vom Zwang zum Profit oder von Ver- und Geboten wie heute.

Emanzipatorischer Umweltschutz<sup>7</sup> oder (salopp) „Umweltschutz von unten“, will daher etwas ganz anderes als die herrschaftsförmige Ökologienpolitik: Die Menschen werden zu AkteurInnen. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften werden von den Menschen gestaltet, die in ihnen leben oder sich sonstwie mit ihnen verbunden fühlen. Niemand kann über Flächen und Orte bestimmen, ohne selbst betroffen zu sein oder sich aktiv zu interessieren und zu beteiligen. Schritt für Schritt ist die „Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch“ im Sinne von ständig steigender Mitbestimmung das realpolitische Gegenkonzept zu Ordnungsrecht oder kapitalistischen Instrumenten wie Klimazertifikaten, Maut oder Ökosteuer. Vision ist eine Welt von unten. Die kleinen Schritte dahin bestehen aus konkreten Projekten, die Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe und Flächen im Gemeinschaftsbesitz<sup>8</sup>, direkte Ökonomien ohne Apparate, NutzerInnengemeinschaften und vieles mehr.

Dazu gehört aber auch, die Visionen einer Welt von unten laut zu benennen, denn Visionen können motivieren. Hinzu kommt die Chance, für ein

7 Internet: [www.umwelt-und-emanzipation.de.vu](http://www.umwelt-und-emanzipation.de.vu)

8 Geschichte zurückzudrehen, ist nie ein emanzipatorischer Ansatz, weil sich ständig erweiterte Möglichkeiten bieten. Das bedeutet aber nicht, Gewesenes zu vergessen. Landwirtschaftliche Flächen in Gemeinschaftsbesitz hat es schon gegeben – bezeichnet als Allmende waren sie gemeinsam bewirtschaftet und genutzt vor allem im direkten Umfeld von Dörfern.

klar emanzipatorisch abgefasstes Ziel Bündnisse zu schaffen von ökologisch orientierten Menschen mit anderen sozialen Bewegungen, die gemeinsam an einer Welt von unten arbeiten. Kristallisationspunkte wie konkrete Projekte oder der Widerstand gegen autoritäre oder neoliberale Umgestaltungen können der Anfang sein. Es gilt, Abschied zu nehmen von der vor allem in NGO-Kreisen gern verbreiteten Mär vom guten Staat, von der „good governance“, die die Auswüchse des Neoliberalismus eindämmen soll. Der Staat organisiert die Ausbeutung. Er ist Gegner, nicht Partner eines Umweltschutz von unten. Hoffnung für die Umwelt und die Menschen gibt es erst dann, wenn die Menschen selbst und gleichberechtigt den Zugriff auf ihre Lebensressourcen erhalten.

### **Ziele und konkrete Forderungen benennen**

Wenn sich umfassender etwas ändern soll, müssen die Ziele eines emanzipatorischen Umweltschutzes offensiv benannt und der Ökologie von oben gegenübergestellt werden. Veranstaltungen, Diskussionen in der Öffentlichkeit oder in Umweltschutz- und anderen politischen Organisationen, symbolische Aktionen, Bildungsarbeit, Herausgabe von Schriften, Pressearbeit und konkrete Projekte entsprechend diesen Ideen können dazu dienen. Soll die Diskussion keine Nischendiskussion bleiben, muss sie auch dort geführt werden, wo die PraktikerInnen der Umweltschutzarbeit sind. Zur Diskussion gehört das Formulieren der Ziele: Utopien für die gesamte Gesellschaft, für die Umweltschutzarbeit insgesamt oder für Teilfragen. Visionen bieten Zündstoff, können motivieren und bewegen. Zusätzlich sind Strategien notwendig, das Visionäre in kleine Schritte zu zerlegen, um ihnen Stück für Stück näher zu kommen. Diese Schritte aber müssen immer darauf untersucht werden, ob sie der Vision und den Grundsätzen emanzipatorischer Arbeit entsprechen.

### **Beispiele für sofortige Schritte**

Selbst im heutigen, realpolitischen Raum lassen sich viele Schritte in diese Richtung einfordern oder schon konkret verwirklichen:

★ **Dezentralisierung statt EU und Weltregierung**

Zur Zeit stellen viele Umweltschutzorganisationen hohe Forderungen an die EU, z.T. auch an die UNO. Sie wollen diese stärken und erwarten von ihnen die Durchsetzung von Umweltschutzstandards. Abgesehen davon, dass schon jetzt sichtbar ist, dass auf diesen Ebenen Umweltschutzinteressen besonders schwach bleiben, widersprechen sol-

che Forderungen auch emanzipatorischen Zielen. Danach müsste eher eine Dezentralisierung politischer Entscheidungsbefugnisse und die Stärkung direkter Mitbestimmung eingefordert werden.

★ Mitbestimmung statt ökologischer Abgaben

Ökosteuern, Klimazertifikate und anderes sollen der Propaganda nach<sup>9</sup> den Rohstoff- und Flächenverbrauch reduzieren. Dabei bedienen sie sich marktwirtschaftlicher Mittel, d.h. in Zukunft entscheidet die Finanzkraft der Unternehmen und sonstigen EnergieverbraucherInnen, wer wieviel Energie verbrauchen oder durch Investitionen in neue Technik Vorteile erreichen kann. Der Einfluss der Menschen wurde geschwächt. Gegenforderung wäre eine Stärkung der Mit- und schließlich Selbstbestimmung der Menschen beim Rohstoff- und Flächenverbrauch weltweit, d.h. in Zukunft müssten die jeweils betroffenen Menschen in einer Region allen Nutzungen von Flächen und Rohstoffen zustimmen. Zertifikate für Luftverschmutzungen lägen dann bei den Menschen und nicht bei Staaten und Unternehmen, wären unverkäuflich und gäben den Menschen die Macht zur Entscheidung über die Nutzung ihrer Umwelt.<sup>10</sup>

★ Verträge statt Verordnungen

Wo der Staat die UmweltutzerInnen zu umweltgerechter Bewirtschaftung bringen will, gelten bislang bevorzugt Verordnungen oder Grenzwerte – zudem meist in für den Umweltschutz untauglicher Form. Als ein erster Schritt weg vom machtförmigen Naturschutz sollten diese durch freiwillige Vereinbarungen abgelöst werden, z.B. durch Verträge, in denen NutzerInnen Flächen und Rohstoffe naturverträglich nutzen, dafür aber Gegenleistungen erhalten. Das können Fördergelder von Seiten des Staates (Vertragsnaturschutz) oder Abnahmegarantien der Menschen in einem Dorf, einer Stadt oder Region (ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften) sein. Letzteres wäre ein Schritt zu direkten Vereinbarungen, aus dem weitergehende Ansätze folgen könnten wie gemeinsamer Besitz, Kooperativen und Bewirtschaftung oder gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung von Flächen.

9 Tatsächlich sind die konkreten Vorschriften selbst dazu kaum geeignet oder können nur Teile des Energieverbrauches über eine Verteuerung reduzieren. Mehr siehe unter [www.projektwerkstatt.de/aes/klima.html](http://www.projektwerkstatt.de/aes/klima.html) oder [www.projektwerkstatt.de/aes/oesr.html](http://www.projektwerkstatt.de/aes/oesr.html).

10 Dieser Vorschlag wurde aus dem Netzwerk „Umweltschutz von unten“ in die Verhandlungen um das Kyoto-Protokoll eingebracht, aber selbst von Umweltverbänden und „linken“ MedienvertreterInnen abgetan bis denunziert. Er ist keine grundlegende Kritik an den Machtlogiken in der internationalen Politik einschließlich der Umweltpolitik, sondern verschiebt als Teilschritt die Entscheidungsrechte in Richtung der Menschen, weg von Staaten und Konzernen.

★ Selbstbestimmung statt Stellvertretung durch Kommissionen oder NGOs

Viele Umweltorganisationen fordern für sich selbst oder stellvertretend für alle Nichtregierungsorganisationen mehr Rechte ein. Das gipfelt im Vorschlag einer dritten Kammer neben Bundestag und Bundesrat für NGOs. Weit verbreitet ist ebenso die nicht einmal als demokratisch bezeichnebare Idee der „Governance“, eine vernetzte Führung durch Eliten aus Politik, Wirtschaft und sogenannter Zivilgesellschaft. Gleiches gilt für einen ökologischen Rat, dem nicht abwählbaren, monarchistisch anmutenden Kontrollorgan aus Persönlichkeiten des Umweltschutzes. Das Interesse der NGOs gilt nicht dem Machtabbau, sondern ihrer Beteiligung an der Macht. Stattdessen sollte die Verbesserung der allgemeinen Beteiligungsrechte und der direkten Mitbestimmung gefordert werden. Umweltschutzorganisationen sollten ihre Rolle darin finden, die Artikulation und den Protest der Menschen zu stärken, Informationen bereitzustellen und Projekte mit Modellcharakter gerade hinsichtlich der internen Strukturen zu initiieren.

Einen ersten Ansatz böte die Stärkung der direkten Mitbestimmung. Sie muss so organisiert bzw. eingefordert werden, dass es zu wirklicher und gleichberechtigter Bestimmung durch die jeweiligen Menschen kommt. Die aktuellen Vorschläge zu direkter Demokratie reichen dazu nicht.<sup>11</sup>

Wichtiger als formalisierte Abstimmungsschlachten sind offene und gleichberechtigte Vereinbarungsprozesse sowie die Ausweitung von Selbstbestimmung, z.B. im Bereich der Ökonomie, des Zusammenlebens, der „Arbeit“ oder der Gestaltung von Flächen und Häusern.

## Unabhängige Arbeitsstrukturen

Neben den inhaltlichen Zielbestimmungen und Positionen müssen Naturschutzgruppen und -projekte ihre Unabhängigkeit und Aktionsfähigkeit zurückgewinnen. Emanzipatorischer Umweltschutz ist nicht machbar über Machtstrukturen, d.h. über die Mechanismen und Institutionen, die zur Zeit eher die Umwelt zerstören oder ihre Zerstörung fördern. Umweltgruppen müssen öffentlichen Druck ausüben können, Widerstand leisten, Alternativen aufzeigen und Modelle entwickeln, in denen ökologische und emanzipatorische Ziele gleichermaßen zum Ausdruck kommen. Um das zu erreichen, wird es mehr bedürfen als kleiner Reförmchen in den verkrusteten, staats- und wirtschaftsnahen Umweltschutzstrukturen. Nötig sind eigene und unabhängige Wege in die Öffentlichkeit (Medien, Veröffentli-

11 Siehe dazu das Positionspapier „Direkte Demokratie“ aus dem Netzwerk „Umweltschutz von unten“, [www.umwelt-und-emanzipation.de.vu](http://www.umwelt-und-emanzipation.de.vu).

chungen, Veranstaltungen), alternative Ansätze in der Bildungsarbeit, die Stärkung der Basisarbeit, die bessere Verbindung von Basisgruppen und Vernetzungsknoten sowie das Training in direkten Aktionsformen, um handlungsfähig zu bleiben, wenn öffentlicher Druck nicht gleich entsteht oder die EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft diesen mis-sachten.

## **Konkrete Konzepte für den Umweltschutz von unten**

### **Energie von unten**

*Von Florian Kubitz, Bundeskoordination Stud. Ökologiearbeit<sup>12</sup>*

Überall wächst der Widerstand gegen Windkraftanlagen. Warum? Weil die großen Stromkonzerne hinter den Bürgerinitiativen stehen und sie mit den nötigen Finanzmitteln ausstatten? Weil Windkraftanlagen dort in die Landschaft eingreifen, wo sie noch völlig unberührt ist? Weil die Auswirkungen von Windenergie im Vergleich zu anderen Techniken besonders kritisch beäugt werden? Egal: Die Lösung des Problems ist ganz einfach, wir bauen Windkraftanlagen auf dem Meer, da stören sie keinen und produzieren wegen der besseren Windverhältnisse auch noch mehr Strom. Wirklich der richtige Weg?

Erneuerbare Energien sind zu einem Millionengeschäft geworden. Schon lange geht es nicht mehr um eine lokale, dezentrale Energieversorgung durch eine schonende Nutzung der lokal verfügbaren Ressourcen. Es wird alles immer größer, weil der Ingenieur anfassen kann was er will – je größer die Einheit wird, umso niedriger sind die spezifischen Kosten. Die Flügel von Windkraftanlagen überspannen ein Fußballfeld, die Turmhöhe hat 150 Meter erreicht. Windkraftanlagen sind damit höher als jeder Kirchturm oder Industrieschornstein.

Die Windparks könnten zwar locker die Bewohner der Dörfer in ihrer Umgebung versorgen, aber denen gehören sie nicht. Anonyme Investoren aus der fernen Großstadt haben ihr sauer erspartes Geld einem Fonds anvertraut, der eine Rendite verspricht, die über dem liegt, was man auf sein Sparbuch bekommt.

Ist es wirklich verwunderlich, dass der Widerstand gegen Windkraftanlagen wächst? Wohl kaum. Doch was ist die Alternative, außer der Verban-nung aufs Meer? Was bedeutet eine Energieversorgung von unten?

12 Freches Umweltschutzinfo (FUI) 4/2003, herausgegeben von der Bundeskoordination studentische Ökologischearbeit, [www.bsae.info](http://www.bsae.info).



Die Menschen müssen selbst entscheiden, wie eine umweltfreundliche Energieversorgung vor Ort gestaltet werden kann. Wieviel Energie wird überhaupt benötigt, was kann man einsparen? Welche natürlichen Ressourcen können genutzt werden, wie geschieht das am schonendsten für die Menschen und die Umwelt? Das können die Menschen vor Ort am besten entscheiden. Natürlich kann es auch sinnvoll sein, Strom aus Regionen mit guten Standortbedingungen in andere Regionen zu übertragen, die schlechte Voraussetzungen für die Nutzung regenerativer Energien haben. Dann sollten die Menschen an der See aber selbst entscheiden, wieviele wie große Windkraftanlagen ihre Landschaft verkräftet. Ziel ist die Schaffung vieler dezentraler Anlagen, statt nur die bisherigen Großanlagen (Atom- und Kohlekraftwerke) durch andere (Offshore-Windparks und riesige Solarkraftwerke in Afrika) zu ersetzen.

Das gleiche Prinzip gilt auch außerhalb der Stromversorgung. Stark gefördert wird z.B. die Verwendung von so genanntem „Biodiesel“, Rapsölmethylester. Die Herstellung von Rapsölmethylester ist nicht nur energieintensiv sondern auch technisch kompliziert. Deshalb sind zentrale Strukturen zur Herstellung von Biodiesel unumgänglich. Dabei könnte man mit leichten Änderungen an den Motoren auch gleich gereinigtes Pflanzenöl in den Tank füllen, aber damit ließe sich wohl nicht so viel Geld verdienen.

Mit kleinen Blockheizkraftwerken kann man gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, der Wirkungsgrad beträgt ca. 90%, im Vergleich zur konventionellen Stromerzeugung mit 40% unglaublich hoch. Aber wegen der kleineren Erzeugungseinheiten ist Kraft-Wärme-Kopplung immer noch auf Förderung angewiesen.



Die Schrittmacher der Einführung erneuerbarer Energien waren und sind unabhängige, nicht eingebundene Akteure: „grassroots“-Organisationen, individuelle Betreiber, neue Unternehmen, Stadtwerke, Politiker. Sie haben die Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit geleistet und den Markt für Solartechniken vorbereitet. Ihre Aktivitäten müssen verstärkt werden, statt sich darauf zu verlassen, dass die Entwicklung nun von Konzernen und von Regierungen in die Hand genommen wird – nach dem Motto: „Wir haben verstanden.“ ... Der Wandel zur solaren Weltwirtschaft ist ohne die gebündelten Aktivitäten lokaler und unabhängiger Kräfte sowie zahlloser individueller Investoren nicht vorstellbar.

Hermann Scheer\*

### *Beschreibung des Konzepts „Ökostrom von unten“<sup>13</sup>*

Drei Worte, deren Sinngehalt erst deutlich wird, wenn die politische Bedeutung aller drei klar wird und dann die Gesamtkomposition. Denn Belegbarkeit ist eine Todesform von Prozessen und Weiterentwicklung.

\* Hermann Scheer: „Solare Weltwirtschaft“, Antje Kunstmann Verlag

13 Das Projekt „Ökostrom von unten“ entstand im Netzwerk „Umweltschutz von unten“ und wurde im Jahr 2000 von der Zeitung „Ö-Punkte“ vorgestellt. Der hier abgedruckte Text ist das Vorwort des später erschienenen Reader „Ökostrom von unten“ im Institut für Ökologie. Bezug über [www.politikram.de.vu](http://www.politikram.de.vu).

- ★ **Ökostrom:** Strom ist das, was aus der Steckdose oder dem Kabel kommt. Er wird dann von Strom in andere Energieformen gewandelt. Für viele Zwecke ist Strom eine sehr edle Energieform, für andere extrem ungeeignet, z.B. für die Gewinnung von Wärme oder auch für anderes, wenn dabei vor allem Wärme nebenbei verloren geht wie bei Lichtquellen, die viel Wärme produzieren, oder solchen mechanischen Geräten, die vor allem Wärme abgeben. Für so etwas Strom zu verwenden, ist nie „öko“. Umweltschutz bedeutet, Warmwassergewinnung, Heizung, Herd, Waschmaschine, Trocknungsgeräte usw. auf andere Wärmeproduktion umzustellen. Solare Warmwassererzeugung, Brennwerttechnik, Biogas und Biomasse wären Alternativen. „Öko“ ist zudem nicht das was draufsteht, sondern das, was wirklich ist. Am umweltfreundlichsten ist der Strom, der eingespart wird, denn auch „Ökostrom“ verursacht Umweltzerstörungen und Rohstoffverbrauch – nur weniger. „Ökostrom“ ist der Strom, der andere Stromformen verdrängt, indem sein Kauf (auf den Zahlungsvorgang kommt es an, d.h. wem ich das Geld gebe!) keine fossile und/oder verschwenderische Stromproduktion unterstützt. „Öko“ ist folglich nicht, wenn der ohnehin vorhandene, mit Wind oder Wasser produzierte Strom jetzt nur teurer bezahlt wird. „Öko“strombezug muss die fossile Stromproduktion tatsächlich verringern.
- ★ **Unten:** Unten heißt nicht klein, sondern „unten“ bedeutet das Fernsein von Machtmitteln. Nicht per Verordnung, Sicherheitsapparaten und Kontrolle, Geld oder wirtschaftlichem Druck sollen Verbesserungen erfolgen, sondern aus gleichberechtigtem Miteinander von Menschen. Die gleichberechtigten Menschen ohne den Einsatz von Herrschaft – das ist „unten“ im positiven Sinne. Auch PolitikerInnen, Institutionen oder Firmen können so agieren – allerdings müssen sie dann verzichten auf die Machtmittel, die sie sonst gewohnt sind einzusetzen.
- ★ **Von:** Das ist ein wichtiges Wort – von unten ist ein Prozessbegriff. Er bezeichnet das Handeln der Menschen ohne Benutzen von Machtmitteln. Freie Vereinbarungen der Gleichen und Freien. Die Menschen organisieren sich, ihr Leben und ihre gemeinsamen Dinge selbst. Das sagt „von unten“. Es ist also ein Begriff, der das Gegenteil von Herrschaft, des „von oben“ ist. Umweltschutz von unten heißt folglich nicht, daß die VerbraucherInnen im Kleinen die Umwelt schützen (sollen). Das ist zwar auch nicht ausgeschlossen, aber es ist nicht der Punkt. Vielmehr bedeutet es, dass im Prozess der freien und gleichberechtigten Menschen miteinander entschieden wird, was im Umweltschutz geschieht – ohne Gesetze, Druck von oben, wirt-

schaftliche Abhängigkeiten, Markt- und Verwertungslogik oder Institutionalisierung.

Ökostrom von unten als Gesamtheit bezeichnet eine Energieversorgung, die ökologischen Kriterien gerecht wird und deren Gewinnung, Verteilung und Verbrauch die Menschen miteinander klären. Energiegewinnungsanlagen, Netze und die Absprachen über den Verbrauch – alles gehört allen. Zumindest ist das Vision. Der konkrete Weg kann über Schritte dahin führen und wird kreativ Grenzen erweitern müssen, die ein herrschafts- und marktförmiges Drumherum hat. Diese Erweiterung kann nicht durch Insellösungen erfolgen, sondern durch eine politische Auseinandersetzung. Daher wird auch die politische Aktion dazugehören müssen.

Das Projekt „Ökostrom von unten,“ ist eine konkrete, selbstorganisierte und politische Aktion. Sie lebt vom eigenständigen Handeln in Städten und Regionen, schafft keine zentralen Strukturen, sondern will denen helfen, die vor Ort agieren wollen. Die konkreten Aktivitäten können von Öffentlichkeitsarbeit bis Widerstand gegen Monopole, Großkraftwerke, Atom usw. über das Schaffen konkreter Projekte, Modelle, Experimente und gemeinsam betriebener Energiegewinnungsanlagen und Netze reichen – alles gehört dazu! Ob es gelingt, hängt davon ab, ob vor Ort bestehende Aktivitäten und neue Ideen entwickelt werden – unter welchem Namen, in welcher Vorgehensweise und Organisationsform auch immer.<sup>14</sup>

## **Umweltbildung von unten**

*Von Thomas Schmidt, Umweltwerkstatt Lübeck<sup>15</sup>*

Das Ökologieproblem führt laut Umfragen schon länger nicht mehr die Sorgenhitlisten der Bevölkerung an. Dennoch ist deswegen der Ruf nach mehr Umweltbildung, um endlich eine der grundlegendsten Fragen menschlicher Existenzsicherung wenigstens ansatzweise zu bearbeiten, nicht leiser geworden. Und das, obwohl kaum einer wirklich daran zu glauben scheint, dass die allgemein übliche Ökopädagogik irgendetwas Entscheidendes bewirkt. Schaut man genauer hin, muss man feststellen, dass dieser Eindruck wahrlich seine Berechtigung hat. Umweltbildung lässt seit Jahren einen ihrer wichtigsten Tätigkeitsbereiche systematisch außer acht.

In der wissenschaftlichen Theorie ist es unumstritten, dass zur Lösung der ökologischen und sozialen Probleme letztlich nur politisch konsequentes Handeln beitragen kann. Darum findet sich in der Fachliteratur der Hin-

15 Ein umfangreicherer Text des Autors befindet sich im Buch „Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“, IKO-Verlag Frankfurt.

weis, dass Bildung zur praktischen und selbstbestimmten Einflussnahme auf Politik befähigen soll.

Genau das jedoch findet seit Jahren so gut wie gar nicht mehr statt. Vorbei scheinen die Zeiten, wo es das Markenzeichen der Umweltbewegung war, Druck zu machen. Umweltbildung wurde von ihr überhaupt erst angestoßen und jahrelang intensiv geprägt. Denn direkt aus dem Widerstand gegen Umwelt und Menschen belastende Maßnahmen heraus zu agieren, heißt auch, ständig dazuzulernen – beispielsweise über die Machtmechanismen und Interessenslagen in unserer Gesellschaft oder über den Wert gegenseitiger Solidarität in Protestsituationen. Derartige Erfahrungen sind denn auch zurecht in pädagogische Konzepte eingeflossen. Von Fachleuten wird ihnen bescheinigt, sie würden im Gegensatz zu den üblichen Formen theoretischer Bildung wesentlich intensiver zu wertvollen persönlichkeitsbildenden Lernprozessen führen.

Derartige kritische gesellschaftspolitische Konzepte hatte jedoch keine Chance. Staatliche Politik hat es meisterhaft verstanden, nur bestimmte Ansätze der Umwelterziehung zuzulassen. Diese gehen bis heute weitgehend davon aus, dass es zur Lösung der Probleme ausreicht, wenn der Einzelne im Alltag verantwortlich handelt und wenn weitere technische Neuerungen eingeführt werden. Eine grundlegende Umstrukturierung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse ist nicht vorgesehen. Die wirklich spannenden Fragen bleiben außen vor.

Dementsprechend langweilig sieht der umweltpädagogische Mainstream aus. Auch kann es nicht verwundern, dass insbesondere Jugendliche allergisch darauf reagieren. Sie sollen persönlich handeln, während der Rest der Gesellschaft ihnen das Gegenteil dessen vorlebt, was pädagogisch als sinnvoll vermittelt werden muss. Mittlerweile hat sich allerdings herumgesprochen, dass derartige Rahmenbedingungen vor allem Resignation, Verdrängung und Zukunftsängste erzeugen. Und so ist es außerdem üblich geworden, die belastenden Gefühle im Rahmen positiver Naturerlebnisse und esoterischer Betätigung vergessen zu machen. Die ganze Sache hat leider mindestens einen Haken, denn eine Lösung der Probleme kommt damit kein Stückchen näher.

Auf Dauer sind politisches Engagement und Mitbestimmung also unverzichtbar. Das Interesse staatlicher Politik musste in dieser Situation dahin gehen, sie auf dann weiterhin kontrollierbare Weise zuzulassen und selbst zu steuern. Die ersehnte Zauberformel wurde 1992 auf dem sogenannten Erdgipfel in Rio ausgeheckt. Seitdem ist politische Mitbestimmung innerhalb des dort mit Hilfe der Konzepte „Nachhaltigkeit“ und „Agenda 21“ vorgesehenen Rahmens wieder im Kommen. Sie sehen eine Bejahung von beständigem Wirtschaftswachstum und „Zukunftstechnologien“ wie der Atomkraft oder der Gentechnologie vor. Ferner fordern sie die Bevöl-

kerung zu aktiver Mitwirkung daran auf, die kapitalistische Wirtschaft umzubauen. Es gilt, die Grenzen der Ausbeutung so gut einzuhalten, dass diese als solche möglichst lange systematischen Bestand haben wird.

In der Umweltbildung wird aktuell intensiv darüber diskutiert, ob diese Vorstellungen als neues Leitbild übernommen werden sollen. Bedenken und Gegenstimmen sind nur in seltenen Einzelfällen zu vernehmen. Das macht das langjährige Fehlen einer Umweltbildung, die auch ihren eigenen gesellschaftspolitischen Stellenwert kritisch hinterfragt, umso schmerzlicher bewusst.

Dennoch gibt es natürlich Alternativen. Sie bestehen darin, politischen Widerstand und Bildungsprozesse wieder zusammenzudenken. Allerdings müssten die dafür bereits vorhandenen Konzepte überarbeitet und erweitert werden. Auch gilt es dabei, noch jede Menge pädagogischer Fragen zu lösen, damit ein aktueller und überzeugender Ansatz konsequent kritischer politischer Umweltbildung entsteht. Immerhin besteht die Chance, dass Umweltbildung dadurch spannend wird – nahezu so spannend wie das Leben, das sie angeblich bewältigen helfen will.

## **(Groß-)Technik und Umweltschutz**

*Aus der Gruppe Gegenbilder<sup>16</sup>*

Das Verhältnis von Mensch und außermenschlicher Natur bietet für die Gestaltung der Gesellschaft eine entscheidende Einflussgröße. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist ein ständiger Prozess des Versuchs, sich unabhängiger von natürlichen Einflüssen zu machen, sich aus natürlichen Regelkreisen und Prozessen zu emanzipieren. Gleichzeitig bleibt die Natur oder das, was aus ihr im Rahmen menschlicher Veränderung geworden bzw. von ihr übrig geblieben ist, eine unersetzliche Lebensgrundlage. Sauerstoff, Wasser, Nahrungsmittel – sie alle stammen aus natürlichen Quellen. Nur wenige Elemente sind künstlich erzeugt worden (z.B. durch radioaktive Zerfallsprozesse), ohne jedoch dadurch die natürlich vorhandenen ersetzen zu können.

Der bisherige Verlauf des Mensch-Natur-Verhältnisses bietet keinerlei Ansatzpunkte für eine Annahme, der Mensch könnte auch ohne die natürlichen Lebensgrundlagen existieren. Ganz im Gegenteil: Der Mensch hat immer größere Fähigkeiten entwickelt, die Natur zu verändern. Er lebt aber weiterhin in ihr. In Einzelfällen ist sogar sichtbar, dass menschliche Eingriffe in die eingespielten Abläufe der Natur ihn selbst gefährden –

16 Auszüge aus Gruppe Gegenbilder, 2000: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen, Selbstverlag der Projektwerkstatt in Saasen. Bezug über [www.politikram.de.vu](http://www.politikram.de.vu), Textfassung und Diskussionsforum unter [www.opentheory.org/gegenbilder](http://www.opentheory.org/gegenbilder). Der Text ist leicht überarbeitet.

auch das geschieht über die Prozesse der Natur (z.B. Klimaschwankungen, Unwetter, Fluten, Dürre).

Der Mensch formt die Natur für bestimmte Ziele. Machtstrukturen zwischen Menschen bewirken unterschiedliche Möglichkeiten des Zugriffs auf die Natur und des Abwälzens der Folgen dieses Zugriffs auf andere Menschen. Natur ist in einem veränderbaren Rahmen steuer- und beeinflussbar, aber nicht ersetzbar. Gleichzeitig ist unübersehbar, daß es der Mensch ist, der grundsätzlich wertet, steuert und bestimmt, welche Abläufe wie beeinflusst werden. Er kann zwar die Naturgesetze nicht brechen, aber sie gezielt nutzen und damit bislang unbeeinflusste Abläufe verändern. Er kann sogar die Folgen von Umweltveränderungen/-zerstörungen beeinflussen, aber nicht abschaffen. Diese Fähigkeiten machen den Menschen zum bewussten Gestalter der Natur und als solches zu einer einmaligen Spezies auf der Erde. Er ist vielfach frei von natürlichen Zwängen, aber nicht von den Folgen seines Verhaltens. Beispiel: Kein Mensch unterliegt einem unbeherrschbaren Freß- oder Sexualtrieb. Wer aber nicht ißt, verhungert. Die Folgen sind nicht aufhebbar. Der Mensch lebt nicht getrennt von der Natur.

„Der Mensch“ ist in diesem Sinne aber eine unbestimmte Person. Tatsächlich liegen große Unterschiede vor, wer in welchem Maße Natur verändern und die Folgen auch auf andere abwälzen kann. Insofern stimmt das gezeigte Bild nur für die Gesamtheit der Menschen, nicht aber für Einzelne, die kraft bestehender Herrschaftsstrukturen definieren können, dass andere die Folgen ihres Handelns zu tragen haben. Die Versiegelung von Flächen führt zu höherem Regenwasserabfluss, aber die Folgen treten oft erst flussabwärts auf. Machtstrukturen in der Gesellschaft, also nicht zwischen Mensch und Natur, führen also zu der Situation, dass einzelne Menschen aufgrund vorhandener Herrschaftsstrukturen in die Umwelt eingreifen können, ohne auf die Folgen Rücksicht zu nehmen. Umweltzerstörung, die immer auch eine Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen ist, geschieht nur im Rahmen von Machtstrukturen, von herrschaftsorientierten Systemen wie dem Kapitalismus, dem Staatskapitalismus (sogenannter „real existierender Sozialismus“) oder Diktaturen, weil die Menschen nur hier gegen ihr Interesse handeln, sich in einer lebenswerten Umwelt und auf deren Grundlage entfalten frei zu können.

Heute grenzt es schon fast an die Grenzen des Utopisch-Hoffbaren, die Natur als Lebensgrundlage wenigstens nicht noch mehr zu zerstören, sondern so viel wie möglich von ihr zu erhalten. Deshalb setzen sich unter Umweltbewegten auch immer wieder Gedanken durch, die einen statischen Zustand als Idylle einer Einheit von Mensch und Natur wünschen und anstreben. Wer, wie Rudolf Bahro und viele Feministinnen, davon ausgeht, die Natur verharre in „ursprünglichen Zyklen und Rhythmen“



(Bahro, S. 319),<sup>17</sup> dem bleibt wirklich nur eine Rückkehr zu traditionellen Lebensformen. Diese Ökokonzepte sind geprägt von Technikfeindlichkeit, Mystifizierung der schweren Arbeit und der Idyllisierung einer „harmonischen Einheit mit der Natur“, die es aufgrund der klimatischen Verhältnisse zumindest in Mitteleuropa nie für längere Zeit gab. Die antiemanzipatorische „Rückbindung“ an diese scheinbar statischen Zyklen soll dann mittels „erhebender“ Spiritualität erträglich oder gar wünschenswert gemacht werden. Solche naturstatischen, emanzipationsfeindlichen Ökokonzepte geraten inhaltlich leicht in die Nähe zu „Rechter Ökologie“.<sup>18</sup> Die Kritik an solchen Konzepten braucht sich aber gar nicht nur auf ihre politischen Konsequenzen beziehen, sondern auch inhaltlich sind sie einfach falsch. Denn die Natur ist nicht statisch, sie ist „kein Vorbei“, wie es Ernst Bloch kennzeichnet (Bloch, S. 807, siehe auch: Schlemm 1996ff.). Sie entwickelt sich selbst ständig weiter – unter anderem und sogar wesentlich über die Entwicklung der Menschen als vernünftiger Naturwesen.

Wie alle Visionen ist die Vision einer gemeinsamen Fortentwicklung von Mensch und Natur noch nicht genau ausmalbar. In ihrem Zentrum steht auf jeden Fall die Entwicklung der menschlichen Natur selbst.<sup>19</sup> Aber auch die schöpferischen Potenzen der Natur, ihre vielfältigen Kräfte und Zusammenhänge stehen uns weiterhin zur Verfügung. Naturgesetze beschreiben keine Verbote, sondern Möglichkeiten. Der berühmte Ausspruch von Francis Bacon: „Wissen ist Macht“ bezieht sich nicht auf unterdrückende Beherrschung, sondern die Ermöglichung neuer Naturzustände („zweite Natur“), die unser Leben bereichern und der Natur selbst die Tür zu neuen Möglichkeiten öffnet. „Allianztechnik“ nennt Bloch jene Mittel, mit denen die befreiten, sich frei vereinenden Menschen sich nun auch neu mit den natürlichen Möglichkeiten verbinden.

Es wird selbstverständlich eine andere Art Wissenschaft und Technik sein, die diese Menschen entwickeln, meilenweit von der beherrschenden, überlistenden, raubenden Aneignung natürlicher Ressourcen durch bürgerlich-kapitalistischen Zugriff entfernt. Da wir immer zuerst an die Kritik dieser Formen denken, fällt es uns schwer, eine Vision einer anderen Wissenschaft und Technik zu entwickeln. Bloch kennzeichnet sie mit folgenden Worten:



An Stelle des Technikers als bloßen Überlisters oder Ausbeuters steht konkret das gesellschaftlich mit sich selbst vermittelte Subjekt, das sich mit dem Problem des Natursubjekts wachsend vermittelt. Bloch, S. 787\*

\* Bloch, Ernst (1985), Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/Main

17 Bahro, Rudolf (1990), Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik, Berlin

18 Geden, Oliver (1996): Rechte Ökologie, Elefantenpress Berlin.

19 Siehe Kapitel 2.1c Die „Menschen-Epoche“ in: Gruppe Gegenbilder, 2000: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen. Projektwerkstatt Saasen.

- ★ Befreundung statt Domination (S. 783)
- ★ das Herstellende auch in der Natur verspüren, aufspüren, begreifen (ebd.)
- ★ Aktivität über das Gewordene hinaus... im Anschluß an die objektiv-konkreten Kräfte und Tendenzen (S. 784)
- ★ Menschen als Hebel, von dem die Welt aus technisch in ihre Angel zu heben ist (S. 801)
- ★ die Wurzel der Dinge mitwirkend verwenden (S. 805) ...

Einen aktueller, wenig beachteter Hinweis wurde im Buch „Wachstum der Grenzen“ (Bloch/Maier 1984)<sup>20</sup> gegeben, wo „Technologien, die sich auf Symbiose selbstorganisierender Systeme stützen“ (S. 37) skizziert werden. Während sich die Gesellschaft und die Natur nicht mechanizistisch verhalten, sondern sich-selbst-organisierend, vermittelt zwischen ihnen derzeit eine eher mechanizistische Technik. Eine qualitative Einheit gelingt erst, wenn auch sie den Charakter von Selbstorganisation erhält.

In ihrer konkreten Form werden wir sie – solange wir die neue Gesellschaft noch nicht haben – auch nicht vollständig entwickeln können. Bloch selbst griff bei seinen Hoffnungen auch daneben, denn er pries die Atomtechnik als nicht-mechanische, nicht-euklidisch wirkende neue Technikform. Aber Wesenszüge einer vertretbaren Allianztechnik, mögliche Keimformen und alles, was heute doch schon möglich ist, sollten wir nicht versäumen zu entwickeln. Als utopische Vision können wir uns vielleicht den bekannten „Replikator“ aus den StarTrek-Folgen vorstellen. Eher unsichtbar, aber effektiv und produktiv stellt eine auf Modularität beruhende vernetzte und integrierte Produktionstechnologie die jeweils benötigten Dinge her. Begriffe wie „individuelle Massenprodukte“, „wandlungsfähige Produkte“ und ähnliches gehören heute schon zum Standardwerkzeug der Konstrukteure und Technologen. Ich glaube, viele politisch engagierte Menschen übersehen diese „graue Produktionsalltagswelt“ nur allzugerne und wissen deshalb nichts über faszinierende Entwicklungen in diesem Bereich, die unabdingbar für eine umfassende Vision einer neuen Gesellschaft sind. Als Kriterium für unsere Vision ist jedoch nicht nur die Bequemlichkeit der Produktionsweise mit den Replikatoren, sondern, ob statt „Beherrschung“ der Natur eine „Vermittlung der Natur mit dem menschlichen Willen“ (Bloch) vorliegt.



Technik als Entbindung und Vermittlung der im Schoß der Natur schlummernden Schöpfungen, das gehört zum Konkretesten an konkreter Utopie.  
Bloch, S. 813\*

\* Bloch, Ernst (1985), Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/Main

20 Bloch, Jan Robert, Maier, W. (1984), Wachstum der Grenzen. Selbstorganisation in der Natur und die Zukunft der Gesellschaft, Frankfurt am Main

Nur solch eine dynamische, nichtstatische Vorstellung kann Grundlage emanzipatorischer Öko-Politik sein.

Ein passendes Zitat aus einer anderen Quelle. Christoph Spehr schreibt: „Wenn wir also unsere Gegenwart mit einem archäologischen Blick betrachten, ist das hervorstechendste Merkmal die ungeheure Menge von Ruinen, die unsere Zeit hervorbringt. Es ist eine extrem ruinenreiche, im wahrsten Sinne ruinöse Kultur. Anstelle von Pyramiden fänden wir riesige Staudämme; Flugplätze und Autobahnen; Kraftwerke und Überlandleitungen; die Hallen und Maschinenansammlungen der großen Industrie; die Öfen der Stahlwerke, die eisernen Gedärme der chemischen Fabriken, die hohen Tempel der Raumfahrt und der Waffenschmieden, die entlosen Bänder der Massenfertigung. Unterhalb dieser großen Ruinen fänden wir eine unglaubliche Menge von industriellem Schutt: Geräte aller Art; Autoreste natürlich; Fahrzeuge und Bauschutt in rauen Mengen; PCs und anderen elektronischen Müll; die Scherben und Gerippe der zirka 10.000 Gegenstände, mit denen sich ein Mensch in den hochindustrialisierten Zentren heute im Schnitt umgibt; alles sehr haltbar. Wir fänden auch Bauten, die schon zu Lebzeiten Ruinen waren. Die unterirdische Betonfestung von Tschernobyl etwas oder die liegengelassenen 28 Kilometer des amerikanischen Teilchenbeschleunigers, der einmal 87 Kilometer lang werden hätte sollen, aber inzwischen aus Kostengründen aufgegeben wurde. Und wir stünden vor einem Rätsel.

Eine solche Anhäufung von Artefakten, die Verschleppung solcher Mengen von Material, das offenbar zu erheblichen Teilen aus ganz anderen Gegenden der Erde gekommen sein muss, ist historisch einfach nicht normal. Fortschritt, sagen wir in der Regel und zucken die Achseln; aber damit ist nichts erklärt. Wir könnten die Wege rekonstruieren, die dieses Material gegangen sein muss. Wir würden abschätzen, welche Mengen an Arbeit in den Artefakten eingefroren sind, und würden errechnen, dass die Lebensdauer der Menschen in den ruinenreichen Zonen unmöglich ausgereicht haben kann, all diese Artefakte herzustellen. Die Pyramiden der Industriezeit brauchen Bautrupps, die über die ganze Welt verteilt sind. Welche Kräfte konnten dieses Maß an zentraler Arbeitsorganisation aufrechterhalten, und wozu war es gut? ...

Freie Kooperation von Menschen schafft keine solchen Artefakte. Wer jemals in einem halbwegs selbstorganisierten Projekt gearbeitet oder auch nur an den Versuchen teilgenommen hat, zentrale Arbeiten in einer Wohngemeinschaft arbeitsteilig zu organisieren, wird das wissen. Das ist auch ganz normal und entspricht der menschlichen Rationalität. ...

Normale Gesellschaften sind relativ investitionsfeindlich, artefaktfeindlich gewissermaßen. Das ist keine Frage von fehlender Entwicklung, sondern

von menschlicher Vernunft. ... Die Artefakte stehen unter einer starken sozialen Kontrolle, da sie sich permanent gegenüber den anderen Zielen rechtfertigen müssen. ... Es wird nicht auf gut Glück investiert. Der Nutzen technischer Projekte muss in überschaubaren Zeiträumen klar sein. Große Kooperationen wachsen höchstens aus der Vernetzung von kleinere Einheiten ...

Man sieht es den Artefakten der modernen Gesellschaft übrigens auch an, daß sie zu schnell und ohne Widerstände wachsen. Die Hässlichkeit der modernen Gebäude und die Großspurigkeit ihrer architektonischen Gestalt zeugen davon, daß niemandem die Arbeit, die dafür verwendet wurde, etwas bedeutet hat; daß sich niemand bewusst entscheiden musste, Arbeit hierfür einzusetzen und nicht für etwas anderes; und dass niemand versuchen musste, für diesen Aufwand um nachträgliche Anerkennung zu werben. Sie sind von Menschen gebaut und geplant, die sich niemandem gegenüber rechtfertigen müssen für das, was sie den ganzen Tag lang tun ...



Machtstrukturen in der Gesellschaft, also nicht zwischen Mensch und Natur, führen also zu der Situation, dass einzelne Menschen aufgrund vorhandener Herrschaftsstrukturen in die Umwelt eingreifen können, ohne auf die Folgen Rücksicht zu nehmen. Umweltzerstörung, die immer auch eine Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen ist, geschieht nur im Rahmen von Machtstrukturen, von herrschaftsorientierten Systemen wie dem Kapitalismus, dem Staatskapitalismus (sogenannter „real existierender Sozialismus“) oder Diktaturen, weil die Menschen nur hier gegen ihr Interesse handeln, sich in einer lebenswerten Umwelt und auf deren Grundlage entfalten frei zu können.

Umweltschutz muss daher eine Auseinandersetzung mit den Herrschaftsstrukturen und gesellschaftlichen Reproduktionslogiken sein. Ziel muss erstens sein, Macht abzuschaffen, um die Freiheit zu schaffen, die den Menschen wieder die Gestaltungskraft über die Umwelt gibt, ohne dass sie die Folgen auf andere abwälzen. Zweitens müssen die Rahmenbedingungen, die Menschen dazu bringen, selbst immer wieder ihre eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören und ihnen gleichzeitig den Zugang zu ihren eigenen Lebensgrundlagen verwehren, überwunden werden. Nur dann werden Menschen frei sein, ohne Zerstörung der Umwelt sich selbst zu entfalten. Sogar weitergehend: Sie brauchen die Umwelt als Lebensgrundlage zu ihrer Entfaltung. Umweltzerstörung würde sich dann gegen sie selbst richten, Umweltschutz sie selbst fördern.

Gruppe Gegenbilder\*

Die Verfügbarkeit von Menschen für öffentliche Ziele, die Benutzbarkeit von menschlicher Arbeit für die Herstellung von Artefakten, muss in extremer Weise durchgesetzt gewesen sein. ... Es gehört zum Wesen der industriellen Zivilisation, dass fast alle Menschen ständig etwas tun, was sie nicht tun würden, könnten sie sich frei entscheiden. Jedenfalls nicht so; nicht in diesem Ausmaß und dieser Ausschließlichkeit. Und umgekehrt, dass einige Menschen Dinge tun, die nicht zustande kämen, wären sie von der normalen Zustimmung und

Freistellung ihrer Gemeinschaften abhängig.“<sup>21</sup>

\* Gruppe Gegenbilder, 2000: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen, S. 89.

# Experimente

Gesellschaftliche Bewegung entsteht nicht allein über theoretische Entwürfe, praktischen Widerstand oder politische Forderungen. Wichtig sind Modelle und Kristallisationspunkte, an denen Kritik, Alternativen und die Gegensätze gleichermaßen deutlich werden. Sie schaffen im günstigsten Fall Anlässe und Symbole für Kritik und Zieldebatte zum emanzipatorischen Umweltschutz.

Sinnvoll kann einerseits der Widerstand gegen solche Projekte, in dem sich die herrschenden Verhältnisse oder die Zukunftspläne der Mächtigen besonders deutlich offenbaren: Großprojekte, Treffen oder Messen mit hohem symbolischen Gehalt und tiefgreifende politische Entscheidungen wie internationale Abkommen. Dort lassen sich nicht nur konkrete Positionen einbringen, sondern auch grundlegende Kritiken und Alternativen zu herrschenden Gesellschaftsformen und den Entscheidungsstrukturen benennen. Hier können Umwelt- und andere politische Bewegungen zusammenarbeiten, um gemeinsam wirkungsvoller in der Öffentlichkeit Kritik an den herrschenden Verhältnissen und Zukunftsvisionen zu üben und eigene Alternativen vorzuschlagen. Im kleineren Rahmen können zudem Kristallisationspunkte oder eigene Gegenmodelle für selbstorganisiertes Leben, zum Zurückdrängen von Autorität und Verwertungsökonomie aus dem Leben und für wirksame Naturschutzansätze gefunden werden.

Im folgenden sollen Beispiele für solche Experimente benannt werden. Es sind kleine oder größere, aber konkrete Projekte, die schon gelaufen sind, laufen oder laufen könnten – auch unabhängig von geänderten Rahmenbedingungen. Sie sind zwar nur ein kleiner Schritt hin zu den Visionen, aber ein wichtiger Beitrag, um Lust und Akzeptanz für einen emanzipatorischen Umweltschutz oder hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaftsveränderung zu schaffen und die Diskussion über weitergehende Veränderungen zu beginnen.

## Innenhöfe

Statt teurer Planungen werden die Flächen an und zwischen Häusern den AnwohnerInnen übergeben. Diese können und sollen sich einigen und gemeinsam einen Plan erarbeiten. Ihre Handlungs- und Einflussmöglichkeiten sind innerhalb der handelnden Gruppe dabei gleich. Sie begegnen einander direkt und horizontal, gleichzeitig wissen sie von Beginn an: Worauf sie sich einigen, das können sie auch umsetzen. Das wird viele neu motivieren. In der Debatte besteht dann wieder die Chance, dass sich

ein Bewusstsein für die Umwelt, für die Belange von Kindern, alten Menschen usw. herausbildet. Die Auto- und Betonfraktion gewinnt meist nur dort, wo die Entscheidungen über Behörden und Parlamente laufen – denn dort ist niemand direkt betroffen.

## **Stromnetz**

Wo die Leitungsnetze den Menschen selbst gehören, werden letztere zu den Bestimmenden. Sie diskutieren und entscheiden mit. Wie das Beispiel des Schwarzwaldortes Schönau zeigt, führt erweiterte Mitbestimmung zu hochinteressanten Entscheidungen im Sinne des Umweltschutzes. In Schönau gehört das Netz einer gemeindeweiten Versorgerfirma in BürgerInnenhand<sup>22</sup> – durchgesetzt durch einen BürgerInnenentscheid. Auf dieser Basis wurde und wird der Ausbau von regenerativer Energien beispielhaft vorangetrieben, wobei die Anlagen im Besitz der BürgerInnen-Stadtwerke bleiben oder, wenn andernorts Anlagen gefördert werden, niemals in den Besitz großer Stromkonzerne wechseln. Diese Form der Steigerung von Mitbestimmungsrechten ist Umweltschutz von unten, er wendet sich gegen Liberalisierung und Großkraftwerke, die nur anonyme, mitbestimmungsfreie Strukturen schaffen.

Weitere Idee zu einer Energieversorgung von unten sind bereits beschrieben worden (siehe oben).

## **Bauernhöfe**

Ökologische Landwirtschaft ist noch nicht die Lösung aller Probleme. Sie kann genauso von Profitmaximierung geprägt sein, mit der Ausräumung der Landschaft und immer größeren Flächen einhergehen sowie zu einer Konzentration auf wenige große Höfe beitragen. Die Alternative wären landwirtschaftliche Betriebe, in denen die AnwohnerInnen und VerbraucherInnen mitdiskutieren und tatsächlich mitentscheiden können, was und wie angebaut wird. Solches Mitbestimmungsrecht in Umweltschutzfragen, also der Umweltschutz von unten, führt zu einer Steigerung des Umweltbewusstseins. Es gibt nur sehr wenige Modellprojekte für solche Ideen wie z.B. Bauernhöfe, die den VerbraucherInnen gemeinsam gehören. Aber sie existieren!



## Schulen

Die Gestaltung und Nutzung des Schulgeländes oder auch der Gebäude wird Sache der SchülerInnen. Die Ergebnisse können sehr unterschiedlich sein und sich im Laufe der Zeit wandeln – aber es kann ein Lernen des Umgangs mit der Umwelt und gleichberechtigter Vereinbarung sein, wenn dazu die tatsächliche Möglichkeit besteht. Die vielen Widersprüche, auch geschaffen durch die einer gemeinsamen Entscheidungsfindung entgegenstehende Struktur jeder Schule und folglich auch der permanenten Sozialisation der SchülerInnen, müssen ausgehalten werden. Freie Menschen gibt es unter den bestehenden Zwängen nicht, und freie Vereinbarungen sind ein dauernder Lernprozess. Zudem wird das System Schule der freien Vereinbarung entgegenstehen, denn die zentralen Bereiche der Schule (Lerninhalte, Lernform, Benotung usw.) bleiben in der Regel außerhalb der Mitbestimmungsrechte.

Das Ringen um Freiräume in Schulen darf daher nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schulen insgesamt eine Herrschaftsstruktur sind, die Menschen in gesellschaftliche Abläufe einpassen soll – ob nun autoritär oder über die Zulassung gesellschaftlicher Zwänge. Insofern muss die Demaskierung der Schule als Ort der Steuerung des Denkens und der Lebensplanung immer Teil emanzipatorischer Praxis sein. Wenn in der Schule Teilbereiche der gleichberechtigten Gestaltung unterliegen, so ist das ein wichtiger Kristallisationspunkt, aber auch ein Stein des Anstosses der Debatte über Zwangsverhältnisse einschließlich dessen, dass alle Menschen (zumindest in Deutschland) der Schulpflicht und den jeweiligen Schulstrukturen unterworfen sind und sich daher nicht frei wählen können, ob sie an dem zu gestaltenden Ort überhaupt sein wollen.